

# Die Neutralität ist für die Schweiz sinnvoller denn je



## Kurzpositionspapier und Forderungen der SVP

Bern, im August 2014

## 1. Die Rolle des Kleinstaates Schweiz in der Weltgemeinschaft

Die SVP versteht unter Neutralität eine dauernd bewaffnete, immerwährende und umfassende Neutralität. Umfassende Neutralität meint eben nicht nur eine rein juristisch und militärisch verstandene Neutralität (Neutralitätsrecht) sondern zusätzlich eine gelebte Neutralität, welche vorwirkend das ganze Handeln der Regierung in der Aussenpolitik jederzeit zur Unparteilichkeit und Nichteinmischung gegenüber anderen Staaten verpflichtet. Nur so ist die Rolle eines neutralen Landes glaubwürdig. Sie schützt den Kleinstaat Schweiz vor der Involvierung in fremde Konflikte. Die Bewaffnung einerseits und die Neutralität andererseits sind die Schweizerischen Sicherheitsmaxime. Auch kann sie nur so - falls nötig - als Vermittlerin, als Mediatorin zwischen zwei oder mehreren Konfliktparteien auftreten.

„Neutral ist nicht das, was einige Völkerrechtler definieren, neutral ist das, was der Angegriffene, das Opfer, als neutral empfindet, bzw. der Aggressor.“ (Robert Nef, Gründer Liberales Institut)

Die bewährte Nischenpolitik eines neutralen und unparteiischen Staates wie der Schweiz gilt es zu bewahren. Sie ist gerade in einer globalisierten Welt zeitgemäss und der Schlüssel für eine erfolgreiche Aussenpolitik. Als kleiner Staat, welcher über keine Machtmittel verfügt, ist die Neutralität wichtiger Garant für Sicherheit, Stabilität und internationalen Erfolg. Zudem ermöglicht sie auch in heutiger Zeit das Erbringen „Guter Dienste“ für die Weltgemeinschaft. Die Rolle als Mediatorin entspricht beispielsweise modernsten Ansätzen der Konfliktbewältigung. Denn die Welt von heute ist nicht wie nach dem Fall der Berliner Mauer erhofft ein Hort des Friedens geworden oder gar ein globales Dorf, sondern ein Ort neuer Unsicherheiten. Globale Ereignisse sind gekennzeichnet durch rasche Veränderungen und Unübersichtlichkeit. Beispiele in jüngere Vergangenheit sind etwa der „Arabische Frühling“ oder die Umwälzungen in der Ukraine. Diese dynamischen Prozesse führen auch zu einer neuen Unvorhersehbarkeit von Konflikten. Zudem sind Konfliktformen unterhalb der Kriegsschwelle wie langandauernde Bürgerkriege, schnell aufflammende Aufstände und Terrorismus genauso Realität wie militärische Konflikte und alte Rivalitäten zwischen globalen Machtblöcken. Der Kampf um Ressourcen und Macht ist aktueller denn je. Hinzu kommt eine nie dagewesene Mobilität, welche grosse Wanderungsbewegungen begünstigt und Spannungen in unterschiedlichsten Formen auslöst.

Was bedeutet die Rolle der neutralen Schweiz konkret?

Da heute kaum mehr offiziell Kriege erklärt und daher kaum mehr völkerrechtlich definierte Kriege stattfinden, ist es umso wichtiger, dass ein neutraler Staat wie die Schweiz auch bei modernen Formen kriegerischer Handlungen und bei jeglichen schwelenden Konflikten umfassend unparteiisch bleibt, so auch beispielsweise im Fall Syrien. Auch das einseitige Kommentieren von Ereignissen, sowie einseitige symbolische und diplomatische Handlungen wie im Fall der Ukraine widersprechen der Neutralität. Die Nichteinmischung sollte auch hier als oberstes Gebot gelten. Dies verbietet auch die einseitige, unreflektierte und vorschnelle Blockierung von Geldern aus Bürgerkriegs- oder Aufstandsländern, wie etwa im Fall Ägypten.

## **2. Unabhängigkeit und Neutralität bestimmen die Aussenpolitik der Schweiz**

Art. 185 Abs. 1 der Bundesverfassung nennt folgende Zielsetzung des Bundes: „Der Bundesrat trifft Massnahmen zur Wahrung der äusseren Sicherheit, der Unabhängigkeit und der Neutralität der Schweiz.“

Unabhängigkeit und Neutralität gehören in der Aussenpolitik als untrennbares Begriffspaar zusammen. Begleitet wird dies durch die diplomatische Vermittlungstätigkeit und das humanitäre Engagement der Schweiz (Gute Dienste).

Die SVP versteht Neutralität als umfassende Unparteilichkeit. Der Begriff Unparteilichkeit bringt dabei intuitiv zum Ausdruck was Neutralität meint; eine generelle Nichteinmischung, Nichtbeteiligung und Gleichbehandlung (Universalität) aller Konfliktparteien. Denn das Wort „neutral“ stammt aus dem Lateinischen („ne-utrum“) und bedeutet übersetzt „keines von beiden“, d.h. auf keiner Seite, also unparteiisch. So käme es beispielsweise niemandem in den Sinn, dass ein Schiedsrichter im Fussball (der „Unparteiische“) vor, während oder nach dem Spiel sich in einem Interview zu einer Seite stellt. Oder man stelle sich vor, dass ein Scheidungsrichter sich vorgängig oder nach dem Prozess parteiisch auf die Seite des Mannes oder der Frau stellt.

Umfassende Unparteilichkeit meint demnach, dass sich Regierungsvertreter nicht nur bei Kriegen, sondern auch bei allen Konflikten, Konfrontationen, Disputen, Auseinandersetzungen, Kontroversen, Streitereien und Machtspielen jeglicher Art, d.h. ob sie politisch, rassistisch, ideologisch, religiös, konfessionell oder wirtschaftlich ausgelöst sind, zurückhalten und auf keinen Fall Partei ergreifen oder mit dem Finger auf eine Seite zeigen. Das bedeutet nicht, dass man entsprechende Vorgänge gutheisst oder keine eigene Meinung hat, aber dass

man alle Konfliktparteien respektiert und dadurch als integrierter Ansprechpartner ernst genommen wird.

„Für den dauernd neutralen Staat bestehen (...) Rechte und Pflichten schon in Friedenszeiten, des Inhalts, keinen Krieg zu beginnen und die Neutralität und Unabhängigkeit zu verteidigen (Hauptpflichten). Hinzu kommen die sekundären Pflichten (Vorwirkungen) des dauernd neutralen Staates: alles zu tun, um nicht in einen Krieg hineingezogen zu werden, und alles zu unterlassen, was ihn in einen Krieg hineinziehen könnte. Das heißt, er hat im allgemeinen zu vermeiden Partei zu ergreifen in Konflikten zwischen Drittstaaten.“ (Rudolf Bindschedler, Völkerrechtler)

Die Glaubwürdigkeit eines neutralen Staates besteht somit aus zwei Elementen. Einerseits muss er sich selber schützen können und braucht deshalb eine eigenständige Armee, um sein Land verteidigen und die Integrität wahren zu können. Andererseits muss er im Voraus Vertrauen schaffen. Er muss daher immer und mit aller Deutlichkeit unparteiisch sein, darf sich auch bei einem anbahnenden Konflikt nicht einmischen oder sich auf einer Seite beteiligen. Er muss in diesen Bemühungen konstant sein. Einem Fähnlein im Wind vertraut niemand. Diese Rolle ist anspruchsvoll und hebt sich von der Politik grösserer Mächte und Bündnisse ab, welche sich laufend positionieren müssen, um in ihrer Rolle als Machtfaktor ernst genommen zu werden.

Gerade deshalb gehört es sich auch nicht, als neutraler Staat einseitige wirtschaftliche und diplomatische Sanktionen und einseitige Schuldzuschreibungen, auch nicht in Bürgerkriegs- und Revolutionsländern, mitzutragen. Dies schränkt die Handlungsfreiheit ein und verhindert auch in Zukunft eine unparteiische Haltung. Moderne Konfliktformen sind meist komplex und oft unübersichtlich, der Konfliktverlauf dynamisch und unvorhersehbar. Wer heute verfeindet ist, ist morgen verbündet. Rebellen werden zur Regierung, Regierungen werden zu Staatsfeinden, Staatschefs zu Despoten und umgekehrt. In einem solchen Umfeld kann man nicht erst dann neutral sein, wenn bewaffnete Konflikte ausbrechen. Neutralität muss vorher gelebt werden, das heisst in Zeiten, in denen die Konflikte noch nicht ausgebrochen und eben noch unvorhersehbar sind.

Wie steht es konkret um die Neutralität und Unabhängigkeit?

Die Schweiz hat sich in den letzten Jahren zu stark in internationale Organisationen einbinden lassen und ist somit ihrer unparteiischen Rolle nicht mehr gerecht geworden.

So musste die Schweiz sich mehrfach im Rahmen der OSZE zu Konflikten äussern, wo sie als Unparteiischer besser aussenvor gestanden hätte. Im Rahmen der UNO musste sie Sanktionen mittragen, welche geopolitisch durch den Sicherheitsrat geprägt waren. Ausserdem will unserer Landesregierung im UNO-Sicherheitsrat dabei sein, obwohl dort über Krieg und Frieden entschieden wird. Nicht zu vergessen ist, dass der Bundesrat uns im Rahmen des zwar harmlos klingenden, aber gezielt für eine Anbindung eingerichteten NATO-Programms „Partnerschaft für den Frieden“ in das machtpolitische Schlepptau der NATO-Staaten gezwungen hat.

### **3. Elite-Basis-Kluft auch in der Schweiz**

Wenn man – wie die Schweiz - konsequent neutral sein will, spielen Werte wie Diskretion, Stillschweigen, Zurückhaltung, Distanz und Bescheidenheit eine entscheidende Rolle. Diese Tugenden eines unparteiischen Landes widersprechen aber dem Drang vieler Politiker und Regierungsvertreter, die Schweiz als Musterschüler der sogenannten Weltgemeinschaft oder als grosser Spieler auf der internationalen Bühne im Scheinwerferlicht darstellen zu wollen. Dass die „Classe politique“ Freude hat am internationalen Herumreisen auf Staatskosten, zeigt beispielsweise die erhöhte Reisetätigkeit der Parlamentarier der letzten Jahre und die dadurch entstandene Bürokratie. Man trifft sich gerne mit Persönlichkeiten aus dem Ausland, schüttelt gerne vor den Medien die Hände mit Machthabern grosser Nationen und berichtet freudig über die Mittagessen und Dinners mit dem ausländischen Establishment. Ausserdem hilft die Abschaffung der Neutralität denen, die sich internationale Funktionärsjobs zuschanzen wollen und daher in den verschiedensten internationalen Gremien dabei sein müssen. Diese Profilierungssuche schadet der Schweiz.

Was ist der Nutzen einer neutralen Schweiz für die Bürgerinnen und Bürger?

Die Bürgerinnen und Bürger können sich nach wie vor selber ein Bild machen über die Situation der Konfliktparteien in Krisengebieten. Sie wissen aber, dass der Bundesrat sich selber – entgegen dem heutigen opportunistischen Verhalten – zurück hält und seine Rolle im Hintergrund und nicht vor laufenden Kameras wahrnimmt. Die Schweiz erntet mit einem berechenbarem Verhalten Respekt. Die Wahrscheinlichkeit, als Schweiz selbst Opfer von terroristischen Anschlägen oder zum Spielball von momentanen Interessen der Grossmächte zu werden, nimmt ab.

Es ist besonders für Politiker nicht populär, sich der Meinungsäußerung zu enthalten und die neue Social-Media-Kultur zeigt beispielhaft auf, wie geneigt der Mensch ist, überall seine Meinung und Haltung kund zu tun. Man will kommentieren und beurteilen, um international Aufmerksamkeit zu erregen oder einfach, um dazu zu gehören und zu gefallen. Umso mehr ist die unparteiische Haltung der Regierung aber auch der einzelnen Amtsträger in ihren Wirkungsbereichen gefragt. Dies war in der jüngeren Vergangenheit nicht immer der Fall.

Neutralität ist daher leider in den letzten Jahrzehnten Spielball von ideologischen Auseinandersetzungen geworden. Eine politische Elite hat es geschafft, den Begriff der Neutralität zu entleeren und damit die aus ihrer Sicht lästige Neutralität mehr und mehr abzuschaffen. Jene Kreise bestehen lediglich auf eine rein juristisch interpretierte Neutralität, eine Schein-Neutralität. Es ist aber offensichtlich, dass dieses Verständnis der Eliten und der Behörden nicht mit dem Volksverständnis übereinstimmt.

„Das Prinzip der Neutralität bleibt für die SchweizerInnen unantastbar. Die Befürwortung der Neutralität durch die Schweizer Bevölkerung fällt konstant hoch aus. 2013 heissen 94% der StimmbürgerInnen die Beibehaltung der Neutralität gut. (...) 84% der Befragten stimmen der Aussage zu, dass die Neutralität untrennbar mit dem Staatsgedanken verbunden sei.“ (ETH-Studie „Sicherheit 2013“)

#### **4. Was sind die Vorteile für eine neutrale Schweiz?**

Warum ist aber Neutralität immer noch wichtig und nötiger denn je? Welche Vorteile bringt die Schweiz als neutrales Land für den Wohlstand und die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger?

##### **4.1 Schutz und Sicherheit**

Es gab in der Menschheitsgeschichte schon oft den Trugschluss, dass die ewige Friedenszeit angebrochen ist und Armeen überflüssig geworden seien. Diese Hoffnungen, auch wenn deren Bewahrheitung wünschenswert wäre, wurden früher oder später von der Realität blutig umgestossen. Deshalb gehört zur Glaubwürdigkeit auch die dauernde und eigenständige Verteidigungsfähigkeit. Die Neutralität und eine eigenständige und glaubwürdige Armee tragen wesentlich zur Sicherheit unseres Landes bei. Neutralität schafft die Grundlage, dass die Schweiz nicht in fremde Konflikte hineingezogen wird.

Beispiel:

Die Schweiz muss wehrhaft bleiben. Eine Abrüstung und Verkleinerung der Armee untergräbt eine glaubhafte Neutralitätspolitik. Zudem bedeutet eine Vernachlässigung der Schweizer Armee global eine einseitige Abrüstung. Die weltweite Aufrüstung, vor allem grosser Akteure wie Russland und China sind Realität. Das heisst, die Schweiz braucht weiterhin eine gut ausgerüstete Milizarmee mit genug Personal (mehr als 100'000) und Budget (zurzeit 5 Milliarden Franken).

#### **4.2 Gute Dienste und humanitäre Hilfe**

Neutral ist nur der, der auf Anfrage unabhängig allen die gleiche Hilfe zuteil kommen lässt und somit auch jede Konfliktpartei gleich behandelt. Dass die Schweiz flächendeckend und ideologiefrei diplomatische Beziehungen aufrechterhält, hat sich hernach schon mehrfach als positiv zu Gunsten einer friedlichen Konfliktbeilegung bewährt. Dies steht ganz in der Schweizer Tradition der guten Dienste (Disponibilität). Der humanitäre Einsatz und die diskrete Vermittlungstätigkeit geben der Neutralität Glaubwürdigkeit, die einerseits einen Schutz vor dem Feigheitsargument bietet und andererseits für die globale Offenheit des Neutralen steht. Die Schweiz ist demnach nicht nur stiller Profiteur der Neutralität, sondern investiert lokal und global auch viel Geld in die Diplomatie, internationale Konferenzen und das humanitäre Engagement. Zudem engagieren sich von der Schweiz aus auch zig private Organisationen im humanitären Bereich. Auch diese profitieren von einem neutralen Image der Schweiz. Aber nur die konsequente Neutralität der Schweiz, also eine unparteiische Haltung, ermöglicht auch die Guten Dienste. Dieses internationale Engagement ist daher nicht vorgelagerter Grund für die Schweizer Neutralität, sondern vielmehr erst dadurch möglich.

Beispiel:

Das Engagement des IKRK, der humanitäre Einsatz der Schweiz und beispielsweise der Standort des internationalen Genfs gehören zu unserem positiven Renommee und stützen die unparteiische und allseitig offene Haltung der Schweiz. Die Beziehungen zum Ausland und die internationale Zusammenarbeit kosten den Bund zurzeit rund 3.5 Milliarden Franken jährlich, mit steigender Tendenz. So verschlingt beispielsweise die Organisation eines Ministertreffens der OSZE in Basel beim Bund rund 11 Millionen Franken. Dafür notwendige zusätzliche Sicherheitskosten, getragen durch die Armee und zu einem kleinen Teil von 2 Millionen Franken durch den Kanton Basel-Stadt, belaufen sich auf rund 30 Millionen Franken. Als weiteres Beispiel soll hier der Jahresbeitrag der Schweiz bei der UNO 2013 von 126 Millionen Franken erwähnt sein.

Diese guten Dienste sind aber auch nur dann weiter möglich, wenn die Schweiz als Staat in allen Konflikten unparteiisch und neutral bleibt.

### **4.3 Freihandel und globale Offenheit**

Trotz oder gerade wegen der Neutralität galt die Schweiz stets als wirtschaftlich sehr offener Staat. Einer noch immer hohen wirtschaftlichen Abhängigkeit von der EU und den USA kann nur eine global freundschaftliche unparteiische Offenheit gegenüber gestellt werden. Wachstumsmärkte mit anderen kulturellen Hintergründen dürfen nicht vernachlässigt werden, sondern bieten im Gegenteil die Chance, die wirtschaftliche Unabhängigkeit auch in Zukunft zu sichern. Dies nennt man aussenwirtschaftspolitischen Universalismus.

Die Schweiz lebt diese globale wirtschaftspolitische Offenheit beispielsweise als Mitglied der Welthandelsorganisation (WTO). Die Schweiz ist seit der Gründung 1995 Mitglied der inzwischen 160 Nationen umfassenden Organisation. Ausserdem verfügt die Schweiz weltweit - neben der EFTA-Konvention und dem Freihandelsabkommen mit der EU - zurzeit über ein Netz von 28 Freihandelsabkommen mit 38 Partnern.

Des Weiteren zeigt der regelmässige Exportüberschuss der Schweiz, dass die Schweiz aussenhandelspolitisch sehr gut vernetzt ist. 2012 hat die Schweiz für 201 Milliarden Franken exportiert und für 177 Milliarden Franken importiert. Wir sind eine Exportnation.

### **4.4 Neutralität und direkte Demokratie**

Die umfassend verstandene Neutralität ist sehr eng mit dem Schweizer Staats- und Demokratieverständnis verknüpft. Der Staat wird hierbei nicht als von Oben über seine Bürger herrschende Institution verstanden. Die Landesregierung ist keine die Gesellschaft formende und moralisierende Instanz. Dies müsste sich auch in einer nicht-moralisierenden und ständig andere beurteilenden Aussenpolitik zeigen. Der Bürger prägt den Staat, das Volk ist der Souverän. Umso mehr müssen die Bundesrätinnen und Bundesräte sich gegen innen und eben auch nach aussen neutral und unparteiisch verhalten, da ansonsten die Legitimität verloren geht und die Interessen des Landes nicht optimal vertreten werden können.

Ergreift der Bundesrat Partei, macht er sich abhängig von anderen Staaten und Organisationen, schränkt somit ihre Handlungsfreiheit ein und begibt sich in das macht- und geopolitische Schlepptau fremder Mächte. Eine vom Ausland abhängige Regierung kann sich nicht mehr voll und ganz auf den demokratischen Volkswillen einlassen und entfernt sich unweigerlich von ihm.

Keine institutionelle Einbindung in die EU oder andere Staatengemeinschaften:

Eine institutionelle Anbindung an die EU – wie dies der Bundesrat auf Druck der EU verfolgt – würde die Aufgabe der Unabhängigkeit der Schweiz bedeuten. Daher widerspricht eine solche Einbindung auch der Neutralität. Denn eine einseitige Anbindung an die EU bedeutet auch eine Übernahme der geopolitischen Agenda. Nach aussen gehört man faktisch dazu, im Sinn von „mitgegangen mitgehangen“. Diese Problematik hat sich kürzlich beispielsweise im Zusammenhang mit der Visumpolitik gezeigt, wo die Schweiz wegen ihrer Mitgliedschaft im Schengen-Raum Sanktionen der EU gegenüber Russland automatisch mittragen musste.

## 5. Forderungen der SVP für eine neutrale und unabhängige Schweiz

- **Der Bundesrat muss wieder zu einem dauernd bewaffneten, immerwährenden und umfassenden Neutralitätsverständnis zurückkehren.** Umfassende Neutralität meint dabei eben nicht nur eine rein juristisch und militärisch verstandene Neutralität (Neutralitätsrecht) sondern zusätzlich eine gelebte Neutralität, welche vorwirkend das ganze Handeln der Regierung in der Aussenpolitik jederzeit zur Unparteilichkeit und Nichteinmischung verpflichtet.
- **Die Schweiz benötigt eine einsatzbereite Verteidigungsarmee in Form einer Milizarmee mit genügend Personal, Budget und Material.** Dies beinhaltet Heer und Luftwaffe, sowie beispielsweise einen funktionierenden Nachrichtendienst. Dies braucht sie zur Wahrung der Glaubwürdigkeit der Neutralität und zur Verteidigung der Eigenständigkeit und Handlungsfreiheit.
- Die SVP verlangt die **Einstellung der militärischen Auslandseinsätze**, damit wir nicht in fremde Konflikte hineingezogen werden und Schweizer Soldaten möglicherweise ihr Leben in einem fremden Konflikt verlieren.
- Die Schweiz **muss aus dem NATO-Programm „Partnership for Peace“ austreten.** Dieses Programm wurde zur schleichenden Einbindung in die NATO entwickelt, um eine offizielle Mitgliedschaft vorzubereiten und Nicht-NATO-Mitglieder ohne Formalitäten in dieses Militärbündnis einzubinden. So sind auch damit verbundene Militärübungen mit fremden Staaten und Militärbündnissen zu unterlassen, insbesondere wenn sie als Drohkulisse in einem schwelenden Konflikt wirken.
- **Die SVP unterstreicht die friedenspolitische Bedeutung und das humanitäre Engagement des IKRK und des Schweizerischen Korps für humanitäre Hilfe.** Die guten Dienste (Disponibilität) sind eine wichtige Ergänzung der Neutralität. In diesem Zusammenhang spielen auch die diplomatischen Dienste und der Standort des internationalen Genf

eine wichtige Rolle. Die Guten Dienste sind mit Kosten verbunden, welche die Schweiz auch leisten sollte.

- Die SVP verlangt vom Bund mehr Zurückhaltung bei der UNO und deren Gremien. Insbesondere ist eine Einsitznahme im UNO-Sicherheitsrat nicht mit der Neutralität vereinbar, denn in diesem globalen Machtkartell wird über Krieg und politisch motivierte Sanktionen entschieden. Die UNO ist keine reine Friedensinstitution und nicht universeller Ausdruck der Weltgemeinschaft, sondern eine politische Institution mit machtpolitischer Ausrichtung. Die Schweiz sollte und kann stattdessen von sich aus ihre globale Offenheit für diplomatischen und vor allem wirtschaftlichen Austausch im Rahmen der Gleichbehandlung aller Akteure (Universalität) leben.
- So hat die Schweiz auch in anderen internationalen Organisationen ihre **Eigenständigkeit zu proklamieren** und Zurückhaltung zu üben, beispielsweise im Europarat, in Zusammenhang mit der EMRK, gegenüber sonstigen internationalen Gerichtshöfen oder auch in der OSZE.
- **Eine institutionelle Einbindung in die EU, d.h. ein schleichender oder auch ein voller EU-Beitritt widerspricht diametral einer eigenständigen und neutralen Schweiz und ist mit ihr nicht vereinbar.** Deshalb ist eine weitere institutionelle Anbindung an die EU entschieden abzulehnen.
- **Die Schweiz hat ihre Bestrebungen zu intensivieren, mit allen Staaten und Kulturen Handel zu treiben.** Zu dieser universalistischen Aussenhandelspolitik gehört die bewusste Diversifikation durch ausgewogene Freihandelsabkommen mit möglichst vielen Staaten.
- **Die Kompetenzen des Aussendepartements und der Verwaltung müssen wieder mehr an Parlament und Volk** gebunden werden. Diese heute teilweise bürger- und realitätsfernen Akteure müssen stets an die aussenpolitischen und verfassungsmässig verankerten Grundsätze der Schweiz erinnert werden: Unabhängigkeit und Neutralität statt kurzfristige mediale Inszenierungen von Eigeninteressen und Grossmachtallüren wie es im Trend ist
- **Der Bund darf keine einseitige Sanktionspolitik (diplomatisch, finanzpolitisch und wirtschaftlich) und keine Retorsionsmassnahmen mittragen,** auch nicht solche der UNO und schon gar nicht der EU, denn die EU ist ein geopolitischer Akteur und strebt nach globalem Einfluss und Macht. Insbesondere darf die Schweiz in diesem Zusammenhang auch keine „soft politics“ betreiben, d.h. öffentliche Statements und beurteilendes Kommentieren, Sistierungen von Verhandlungen, symbolisches Fernbleiben bei Veranstaltungen und ähnliche Massnahmen sind zu unterlassen.
- Die Schweiz hat entsprechend ihrer Rolle Zurückhaltung zu üben beim Anerkennen von Staaten, die aus Konflikten entstehen.

## **Fazit**

**Die historisch gewachsene, erfolgreiche und vorausschauende Politik der Neutralität ist für den Kleinstaat Schweiz in einer modernen und globalen Welt nötiger denn je. So wird auch die Friedensfunktion des bewaffnet Neutralen in Zukunft wieder vermehrt an Bedeutung gewinnen. Neutral ist nicht derjenige, der sich selber einfach neutral nennt oder juristisch als neutral definiert wird, sondern derjenige, der von allen Parteien als unparteiisch anerkannt und respektiert wird. Dies kann nur durch eine dauernd bewaffnete und umfassende Neutralität und Unparteilichkeit erreicht werden.**